

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 15. Mai 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

**Petition "Kostengünstiges und attraktives Passepartout" /
Staatskanzlei**

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Rolf Bossart.
Rolf Bossart: An den VBK-Sitzungen vom 13. Januar und 7. April 2017 ist die Petition behandelt und der Bericht zuhanden des Parlaments verabschiedet worden. Anlässlich der Jugendsession vom Oktober 2016 ist die Petition an den Kantonsrat eingereicht worden. Am 13. Januar wurde eine Delegation der Petitionäre an der VBK-Sitzung begrüsst. Das Hauptanliegen – ein Passepartout bis 25 Jahre – wurde mit der Ungleichbehandlung der Schüler und Studenten innerhalb des Kantons begründet. Der Kostenteiler soll dem Kostenteiler Kanton - Gemeinden in der Volksschulbildung von 70 zu 30 angepasst werden. Heute liege der Kostenteiler bei 50 zu 50 zwischen Staat und Nutzer. Die Jugendlichen erhoffen sich durch den höheren Staatsbeitrag, dass mehr Jugendliche den öV benutzen und dadurch der motorisierte Individualverkehr entlastet wird. Der interkantonale Kostenteiler wäre dadurch noch nicht ausgeglichen. Tatsächlich existieren unterschiedliche Tarif- respektive Tarifvergünstigungssysteme. Teilweise werden die Schülertransporte zu 100 Prozent von den Gemeinden finanziert, etwa dort, wo keine Anbindung an den öV besteht. Aus den aktuellen Beiträgen der öffentlichen Hand an den öV von 46 Prozent (Kostendeckungsgrad 54 Prozent) und der Ermässigung der Jugend-Abonnemente resultiert eine Kostenübernahme von insgesamt rund 60 Prozent. Für die Tarife ist ausschliesslich der Verbundrat zuständig, welcher paritätisch zusammengesetzt ist. Die heutigen Zahlungen der Gemeinden im Umfang von rund 1 Million Franken an die Schülerabonnemente reichen nicht aus, um diese durch die geforderten Passepartout-Abonnemente zu ersetzen. Es müsste geklärt werden, wer die Differenz bezahlt (Eltern, Gemeinden, Kanton). Eine generelle Preisreduktion bei den Abonnements hätte hohe und nicht verkraftbare Einnahmehausfälle zur Folge. Aus den gemachten Überlegungen sollte das bestehende System beibehalten werden. Die VBK beantragt, die Petition im Sinn der gemachten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen.

Marcel Budmiger: Das Luzerner Jugendparlament verlangt günstige und einheitliche Tarife beim Schülertransport. Wie komplex dieser von Gemeinde zu Gemeinde geregelt ist, war wohl weder dem Jugendparlament noch den als Experten anwesenden Kantonsräten bewusst. Die etwas komplizierte und technokratische Antwort wird sowohl junge als auch ältere Menschen eher davon abschrecken, sich weiterhin für die Politik zu begeistern. Viel weniger komplex als die finanziellen Verflechtungen von Verkehrsverbund, Gemeinden und Kanton ist aber die Forderung der Petition – ein kostengünstiger und attraktiver Passepartout. Diese Forderung wird von der SP-Fraktion voll und ganz unterstützt. Leider ist es momentan Realität, dass eine Preisreduktion für Kinder und Jugendliche im Parlament keine Mehrheit findet. Wir hoffen aber, dass sich dies ändern wird und die engagierten Mitglieder des Jugendparlaments sich nicht entmutigen lassen und an ihren Visionen festhalten.

Antrag VBK: Kenntnisnahme.

Der Rat stimmt dem Antrag der VBK, die Petition im Sinn ihres Berichts zur Kenntnis zu nehmen, mit 104 zu 1 Stimme zu.